

Warum soll unsere Schule geschlossen werden?

Viele Eltern, besonders die auf dem Land wohnen, wünschen sich für ihre Kinder eine kleine Schule in der Nähe ihrer Wohnung. Die Politiker hier in Mecklenburg, die von diesen Eltern gewählt wurden, finden das nicht so gut. Sie glauben, große Schulzentren wären die bessere Lösung. Deswegen schließen sie auf dem Lande eine kleine Schule nach der anderen. Die Anfahrtswege werden dabei lang und länger. Kürzlich tauchte auch schon der Vorschlag auf, an Grundschulen Internate einzurichten, falls die Wege doch zu weit werden sollten.

Zuerst waren die staatlichen Schulen dran. Jetzt geht es den freien Schulen an den Kragen. Schon 2005 wurde in Mecklenburg eine Wartefrist von 3 Jahren eingeführt, neu gegründete Schulen bekommen drei Jahre keine staatliche Finanzierung. Eine pädagogisch sehr fragwürdige Regelung. Wie soll gute Schule gemacht werden wenn kein Geld da ist? Hierdurch soll die Gründung von neuen Schulen erschwert werden. Private Initiative wird nicht belohnt sondern verhindert.

Im Sommer 2010 wurden in Mecklenburg mit dem neuen Schulgesetz die freien Schulen noch einmal deutlich schlechter gestellt als staatliche. Die staatlichen Zuschüssen wurden von einem auf den anderen Tag um bis zu 40% gekürzt. Das betrifft insbesondere die kleinen Schulen und damit die Schulen auf dem Lande. Desweiteren wurde der kostenlose Schulbus für freie Schulen eingestellt. Nur noch Schüler von staatlichen Schulen werden kostenfrei transportiert.

Das aktuelle Vorgehen der Regierung ist es, neue Schulgründungen überhaupt nicht mehr zu genehmigen. Antragsverfahren werden so lange verschleppt und mit so hohen Hürden versehen bis die Initiativen aufgeben. Ob die aufgestellten Hürden dabei gesetzlich gedeckt sind oder nicht spielt keine Rolle. Nur vereinzelte Schulen schafften es auf dem Rechtsweg eine Betriebserlaubnis zu bekommen.

Bestehende Schulen werden wieder geschlossen. Jedes Jahr wird versucht ein paar kleine Schulen zu schließen. Die Vorgehensweise ist immer die gleiche. Der Schule werden Mängel vorgeworfen und die Schulschließung angedroht. Dann werden gleichzeitig die Eltern aufgefordert ihre Kinder umzuschulen, die Medien berichten ausführlich über die Mängel und der Schule wird ein Bescheid über den sofortigen Entzug der Betriebserlaubnis zugestellt. Dann geht es oft ganz schnell, die Schüler laufen weg und noch ehe die Vorwürfe überprüft werden können muss die Schule Insolvenz anmelden.

Was wird uns vorgeworfen? Die Ausbildung unserer zwei Klassenlehrerinnen wäre nicht gleichwertig der Ausbildung der Lehrkräfte an entsprechenden staatlichen Schulen. Diese Forderung deckt sich auch mit dem Text des Grundgesetzes Artikel 7 (4): „Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die wissenschaftliche Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen.“ Beide Klassenlehrerinnen haben ein 4 jähriges wissenschaftliches Hochschulstudium und zusätzlich eine 2-jährige pädagogische Ausbildung, passend zu unserem pädagogischen Konzept sowie 5 bzw. 7 Jahre Berufserfahrung als Klassenlehrer. Die Ausbildung beider Lehrkräfte wurde vom Ministerium überprüft und für gut befunden (Uns liegt für beide Klassenlehrerinnen eine Lehrgenehmigung vor!)

Selbstverständlich ist die Ausbildung unserer Lehrkräfte nicht gleichwertig mit der Ausbildung der Lehrkräfte an staatlichen Schulen. Die staatlichen Grundschullehrer in Mecklenburg haben keine wissenschaftliche Ausbildung. Nach der 10. Klasse haben sie eine 4 jährige Ausbildung an einem Institut für Lehrerbildung absolviert, zusammen mit FDJ- und Pionierleitern, und dem Hauptfach ML.

Lehrkräfte die vor der Wende in den Westen übersiedelten wurde ihr Abschluss grundsätzlich nicht anerkannt. Das ist keine Aussage ob es gute oder schlechte Lehrkräfte sind, sondern eine Aussage über die formalen Kriterien an denen wir gemessen werden.

Da in Mecklenburg nach der Wende vor allem die jungen Lehrkräfte entlassen wurden, und da aufgrund der demographischen Entwicklung auch kaum neue Lehrkräfte eingestellt wurden, ist die DDR-Lehrerausbildung immer noch vorherrschende Realität an staatlichen Grundschulen.

Wir haben lange gezögert, diese Tatsachen so offen und direkt auszusprechen. Wir halten es nicht für sinnvoll, die unterschiedlichen Systeme gegeneinander auszuspielen. Umso unverständlicher ist für uns das Vorgehen des Ministeriums für staatliche Bildung. Vor der Wende gab es nur das Institut für Lehrerbildung, wenn man Grundschullehrer werden wollte. Aber jetzt gibt es viele andere Möglichkeiten. Die sind nicht unbedingt besser, aber sie sind anders und sie sind auf keinen Fall schlechter.

Die Politiker glauben, große Schulzentren sind die Lösung um mit den aktuellen Bildungsproblemen fertig zu werden. Jeder 5. Schüler verlässt in Mecklenburg zurzeit ohne einen Abschluss die Schule. Vielleicht sind Campus-Schulen ein Teil der Lösung. Aber nur eine Vielfalt an Schulen kann allen Schülern gerecht werden. Die Zeiten des Einheitsbürgers und damit der Einheitsschule sind endgültig vorbei.

Aber wieso kommt es dann zu so einem Schulschließungsverfahren? Wieso greift eine demokratisch gewählte Regierung massiv und willkürlich in die Rechte ihrer Bürger ein? Wieso darf die Behörde, die ihre eigenen Schulen betreibt, gleichzeitig die Konkurrenz beaufsichtigen? Und wieso bestimmen Politiker darüber was in den Schulen passiert, und nicht die hierfür ausgebildeten Pädagogen?

Wir merken, hier stimmt was nicht. Solange Bildung den Launen von Lokalpolitikern ausgeliefert ist wird es immer wieder zu solchen Übergriffen kommen. Das Bildungswesen ist, ganz dem Satz „teile und herrsche“ folgend, auf viele kleine Fürstentümer aufgeteilt. Das freie Schulwesen ist gezwungen, sich an 15 Fronten gleichzeitig zu verteidigen.

Wir fordern: Freiheit für alle Schulen!

Landschule Lüchow

Dr. Johannes Liess